

Kai Mosebach

Grenzen nachholender Modernisierung im globalen Kapitalismus: Zur Kritik der Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE)¹

Die entwicklungstheoretische und -politische Debatte der achtziger Jahre war geprägt von der Verschuldungskrise der Dritten Welt und der Suche nach ihrer Bewältigung. Im Zuge des Krisenmanagements des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der Weltbank (IBRD) gelangte eine wirtschaftsstrategische Konzeption zur Dominanz, welche als *Structural-Adjustment-Policy* (SAP) bezeichnet worden ist (Tetzlaff 1996: 123ff). Primäres Ziel der SAP in den 80er Jahren allerdings war es, zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten über eine Erhöhung der Ausfuhren und eine Senkung der Einfuhren wiederherzustellen. Hierzu wurden die externen Währungs-, Finanz- und Handelsbeziehungen der Schuldnerstaaten liberalisiert und die Binnenökonomien einem Prozeß der mittelfristigen Deregulierung (von Preisen und Löhnen) und Privatisierung unterworfen (Chossudovsky 1998: 45ff; Tetzlaff 1996: 128f). Die SAPs gingen mit einer radikalen Umstrukturierung der industriellen und sozialstrukturellen Basis der lateinamerikanischen Gesellschaften einher, die die Verheißungen der Neoliberalen von Wachstum und Wohlstand im Nachhinein Lügen strafte (Calzadilla & Novy 1995: 40f; Dombois et al. 1997). Zur Erzielung internationaler Wettbewerbsfähigkeit kam es jedoch kaum. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat in vielen Studien den marktradikalen Reduktionismus der SAPs als Sackgasse für wirtschaftliche Entwicklung geißelt: „Die auf kurzfristige Korrektur der makroökonomischen Daten ausgerichteten Reformstrategien [der SAPs, d.Verf.] vernachlässigen die Zeitdimension der Strukturanpassung, notwendige sozial- und umweltpolitische Reformen, die in der Regel hohe Finanztransfers von außen erfordern, sowie den gesellschaftspolitischen Charakter des Reformprozesses.“ (Messner 1995: 50)

Das DIE hat mit der Konzeption *systemischer Wettbewerbsfähigkeit* (Eßer et al. 1994, 1996) ein Konkurrenzmodell nachholender Modernisierung vorgelegt, welches zwar den „Referenzrahmen Weltmarkt“ (Messner 1995: 1) als strategische Orientierung akzeptiert, jedoch mit den entwicklungstheoretischen und -politischen Positionen der Neoklassik bricht (Hillebrand 1996). Internationale Konkurrenzfähigkeit wird nicht als (notwendiges) Ergebnis der über Liberalisie-

rung und Deregulierung freigesetzten Marktkräfte angesehen. Sie beruht vielmehr „auf zielgerichteten und ineinandergreifenden Maßnahmen auf vier Systemebenen (der Meta-, Makro-, Mikro- und Mesoebene) und auf einem mehrdimensionalen Steuerungskonzept aus Wettbewerb, Dialog und gemeinsamer Entscheidungsfindung, in das die wichtigen Akteursgruppen eingebunden sind.“ (Eßer et al. 1994: I). Die DIE-Konzeption verbindet die neuen Theorien internationaler Wettbewerbsfähigkeit (OECD 1992; Hurtienne & Messner 1996) mit der politikwissenschaftlichen Debatte um die Steuerungsfähigkeit des Staates (z.B. Mayntz 1996). Trotz des sich abzeichnenden Konsenses, daß die ein Unternehmen(scluster) unterstützenden Umfeldbedingungen „durch kollektive Anstrengungen von Unternehmensverbänden, Staat und anderen gesellschaftlichen Akteuren dazu führen können, daß der Aufbau von Wettbewerbsvorteilen relativ schnell abläuft“ (Eßer et al. 1996: 76), bleiben die gesellschaftlichen Steuerungsmuster, die dies zu leisten imstande sind, weitgehend im Dunkeln. Die Spezifität der DIE-Konzeption besteht in der Hervorhebung der politischen Gestaltungsfähigkeit internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Im ersten Teil soll die Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit als Theorie und Strategie rekonstruiert werden. Hierzu ist es *erstens* nötig, den Paradigmenwechsel in der Theorie der politischen Steuerung zu begreifen (Mayntz 1996), der das politische System und mit diesem den Staat als gesellschaftliches Steuerungszentrum „entzaubert“ (Willke 1983). *Zweitens* wird zu diskutieren sein, inwieweit die Politikwissenschaft auf diese steuerungstheoretische Häresie reagiert und die Rolle des Staates neu definiert. Ins Zentrum rückt hier die theoretische Vorstellung von politischen Netzwerken als neuen „Subjekten“ der politischen Steuerung (z.B. Scharpf 1994; Messner 1997a). *Drittens* wird die Relevanz des steuerungstheoretischen Diskurses bezüglich der Generierung systemischer Wettbewerbsfähigkeit (Erweiterung der OECD-Konzeption) darzustellen sein. Anknüpfend an die sodann erarbeiteten theoretischen und strategischen Aussagen der Konzeption soll im zweiten Teil die Tragfähigkeit der propagierten Modernisierungsstrategie bewertet werden. Hierzu wird zum einen auf die Spannung zwischen neoliberaler Globalisierungsdynamik und nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit eingegangen. Zum anderen soll die Konzeption in ihrer Frontstellung gegen den neoliberalen Marktradikalismus beurteilt werden. Kann sie als Alternative zum Neoliberalismus in Theorie und Praxis begriffen werden?

Theoretische Synthese und strategisches Modell: Die Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit

Vom Staat als Steuerungszentrum zur seiner „Entzauberung“

Die Theorie der politischen Steuerung fragt nach den Möglichkeiten, Grenzen und Instrumenten der von gewählten Politikern intendierten politischen Beeinflussung ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Strukturen und Pro-

zesse. Von Anfang an stand dabei das Verhältnis von Markt und Staat im Vordergrund der theoretischen wie politischen Auseinandersetzung (Esser 1985). Die theoretischen Debatten und die empirischen Untersuchungen kreisten im Kern um die Frage der Steuerungsmöglichkeit und -fähigkeit des Staates. Während in den siebziger Jahren die Verwaltungsforschung nach den Implementationschwierigkeiten politischer Regulation fragte, stellten neoliberale und neokonservative Kritiker die Steuerungsfähigkeit des Staates in Frage (Messner 1995: 76ff). Der gemeinsame Nenner dieser Ansätze besteht aber darin, daß sowohl der „*policy-science*-Ansatz“ als auch seine neoliberalen und neokonservativen Kritiker letztlich dem neuzeitlichen Staatsverständnis verhaftet geblieben sind. „Die Souveränität nach außen und die hierarchische Überordnung der Staatsgewalt über alle partikularen gesellschaftlichen Interessen im Inneren sind die Klammern, die die neuzeitlichen Staatstheorien zusammenhalten.“ (Messner 1995: 76)

In den achtziger Jahren wurde die Systemtheorie Niklas Luhmanns zum meistbeachteten Theorieprogramm in Soziologie und Politikwissenschaft (Münch 1996: 13). Auf Grundlage seiner gesellschaftstheoretischen Aussagen entwickelte sein Schüler, Helmut Willke (1983), den Gedanken einer „Entzauberung des Staates“. Die „Luhmann'sche Steuerungshäresie“ stellte erstmals die Steuerungsfähigkeit des Staates bzw. des politischen Systems grundsätzlich in Frage. Luhmann begreift die moderne Gesellschaft als ein in operational geschlossene Teilsysteme funktional differenziertes System, welches sich seinerseits durch Autopoiesis der Kommunikation von seiner Umwelt unterscheidet (Brodocz 1999: 339ff). Die gesellschaftlichen Teilsysteme erhalten dabei ihre Eigenständigkeit gegenüber ihrer Systemumwelt aufrecht (*Autopoiesis*), indem sie über die Herausbildung eines systemspezifischen binären Codes eine spezifische *System-Umwelt-Differenz* etablieren, die einen Prozeß der Komplexitätsreduktion darstellt und zugleich die Selbstreferentialität des (Teil-)Systems, ihre operative Geschlossenheit begründet. „Aufgrund ihrer Selbstreferentialität beziehen sich komplexe Sozialsysteme in erster Linie auf sich selbst, reagieren auf ihre eigenen Zustände und nehmen ihre Umwelt nur sehr selektiv nach Maßgabe ihrer eigenen Relevanzen wahr.“ (Willke 1993: 120) Soziale (Teil-)Systeme prozessieren demnach tautologisch, „weil sie nur sehen, was sie sehen bzw. nur das sehen, was ihr Code erlaubt.“ (Münch 1996: 28)

Zugleich jedoch kann die Gesellschaft als System nur dann evolutionsfähig bleiben, wenn die einzelnen Teilsysteme ihre Funktionalität für das Gesellschaftssystem zu erfüllen in der Lage sind. Diese „zwei Evolutionsprinzipien“ (Messner 1995: 126) gesellschaftlicher Entwicklung benennen das Kernproblem und Steuerungsdilemma moderner Gesellschaften. Während funktionale Ausdifferenzierung die innergesellschaftlichen *Interdependenzen* steigert, bewirkt die Operationsweise autopoietischer Systeme, ihre operative Geschlossenheit, die (operative) *Independenz* der Teilsysteme zueinander. Erfolgreiche intentionale politische Steuerung erscheint aus einer solchen theoretischen Perspektive aus-

sichtslos. Zwar existieren – wie Niklas Luhmann (1989) zugibt – politische Steuerungsversuche; diese finden jedoch zum einen in der Independenz der Teilsysteme ihre Grenze, weil (erfolgreiche) intersystemische Steuerung wegen der Inkompatibilität der divergierenden Systemcodierungen nicht möglich ist. Zum anderen bewirken externe (politische) Steuerungsversuche, daß es wegen der hohen Interdependenzen und – wegen der operativen Geschlossenheit der Teilsysteme – undurchschaubarer Wirkungsmechanismen zu vielfältigen, nicht voraussehbaren Nebenwirkungen und -folgen kommen muß (Luhmann 1989).

Ausgehend von der Luhmann'schen Steuerungshäresie sind verschiedene theoretische Versuche unternommen worden, die Relevanz und Möglichkeit von politischer Steuerung zu reformulieren. Diese können hier in ihrer Breite freilich nicht behandelt werden (vgl. hierzu einführend Bußhoff 1992). Ich möchte im folgenden vielmehr jenen neuen politiktheoretischen Ansatz skizzieren, den das DIE in seiner Theoriebildung am stärksten rezipiert hat, den maßgeblich von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf entwickelten theoretischen Ansatz des *akteurzentrierten Institutionalismus* (Mayntz & Scharpf 1995a; Schimank 1996: 241ff).

Politische Netzwerke als Steuerungssubjekte und die (neue) Rolle des Staates

Im Umfeld des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln ist die intensivste und nachhaltigste Auseinandersetzung mit der Luhmann'schen Steuerungshäresie geführt worden (Mayntz et al. 1988). Die Grundproblematik moderner Gesellschaften, die Spannung zwischen teilsystemischer und gesellschaftlicher Rationalität, wird dabei „akteurtheoretisch“ reformuliert und „empirisch gewendet“ (Mayntz 1988). Die Konstitution von Teilsystemen setzt dabei voraus, daß erstens ein Sinnbezug der Handlungen gegeben ist, der jedoch nicht apriori definiert ist (wie die teilsystemischen Funktionsbestimmungen bei Luhmann), sondern unterschiedliche Konkretisierungen beinhalten kann. Zweitens genügt es auch nicht, die Ausbildung von (Handlungs-)Rollen zum hinreichenden Merkmal der Teilsystemkonstitution zu machen. Von gesellschaftlichen Teilsystemen wird erst gesprochen, wenn drittens über die ersten beiden Merkmale hinaus Handlungszusammenhänge „eine institutionelle Verfestigung erfahren haben.“ (Mayntz 1988: 20) Verselbständigungsprozesse sozialer Teilsysteme sind – akteurtheoretisch konsequent – das „*Produkt erkennbarer Handlungsstrategien identifizierbarer Akteure*“ (Mayntz 1987: 102). Ob sich sodann Handlungszusammenhänge institutionalisieren und an welchem Sinngehalt sie sich ausrichten, bleibt eine empirisch zu erforschende Frage. „Mayntz mahnt damit an, neben der systemtheoretisch allein betrachteten Dimension teilsystemischer Orientierungshorizonte auch die Dimension institutioneller Ordnungen differenzierungstheoretisch systematisch zu berücksichtigen.“ (Schimank 1996: 250)

Dieser *akteurzentrierte Institutionalismus* schließt an den nordamerikanischen politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus an. Staatliche Akteure sind

nach dieser Interpretation nicht einfach Akteuren anderer Teilsysteme formal gleichgesetzt, sondern spezifisch. Sie „verfügen über die Kompetenzen der legalen Rechtssetzung, der Steuererhebung und der Rechtsdurchsetzung mit den Mitteln des Gewaltmonopols – und damit über Sanktionsmöglichkeiten, die jene der Selbstorganisation im allgemeinen weit übertreffen.“ (Mayntz & Scharpf 1995b: 28) Im Gegensatz zu der von der autopoietischen Systemtheorie gegenüber staatlichen Akteuren gezeigten Steuerungsskepsis betonen die Vertreter des akteurzentrierten Institutionalismus, diese gesellschaftsweite Besonderheit staatlicher Akteure zu reflektieren und den Möglichkeitsraum politischer Steuerung trotz der „Entzauberung des Staates“ auszuschreiten.² Diese qualitative Differenzierung zwischen staatlichen Akteuren und gesellschaftlichen Akteuren bedeutet jedoch nicht, daß die politische Steuerung (durch staatliche Akteure) als theoretisches Problem ohne weiteres gelöst wäre. Im Gegenteil, transsystemische Verhandlungssysteme und Politiknetzwerke können zwar unter Umständen als „Steuerungssubjekte“ fungieren (Scharpf 1994); genauso wahrscheinlich können aber auch zahlreiche „Steuerungsblockaden“ auftreten (Messner 1994). Staatliche Akteure bleiben dabei auf die Steuerungsressourcen anderer sozialer Akteure angewiesen.

Dirk Messner begreift die Form des interorganisatorischen Netzwerkes im Anschluß an Renate Mayntz (1993) als eine evolutionäre Innovation moderner Gesellschaften. „Netzwerke sind soziale Innovationen, institutionelle Erfindungen zur Lösung von komplexen Problemen, angesichts derer sich sowohl marktförmige Allokation (wegen der Produktion negativer Externalitäten, fehlender Langfristorientierung, unzureichender Redundanzbeziehungen), als auch hierarchische Entscheidungsformen (wegen Rigidität, mangelnder Flexibilität, unvollkommener Information, fehlender Varietät) als dysfunktional erweisen.“ (Messner 1997a: 49) Im Anschluß an Powell (1996) handelt es sich idealtypisch um eine Organisationsform gesellschaftlicher Interaktionsprozesse, welche die Vorteile der hierarchischen Steuerung mit den Vorteilen der Marktsteuerung verbindet. Ihrem wahrgenommenen evolutorischen Charakter gemäß sind „Netzwerkphänomene“ (Messner) in Ökonomie und Politik vorzufinden.³ Netzwerke sind gekennzeichnet durch:

1. „die Existenz und Handlungslogik von autonomen, dezentral organisierten Akteuren, die für Marktsteuerung typisch sind sowie
2. eine Handlungsstrategie, die darauf ausgerichtet ist, mittel- und langfristige Ziele sowie zur Erreichung dieser Ziele adäquate Mittel zu definieren und durch zielgerichtetes Handeln im Netzwerk zur Strukturgestaltung in einem gesellschaftlichen Subsystem beizutragen; diese kollektive zielgerichtete Handlungsstrategie ist typisch für hierarchische Steuerungskonzepte.“ (Messner 1997a: 49)

In der modernen Gesellschaft kommen alle drei Organisationsformen gesellschaftlicher Interaktion (Markt, Staat, Netzwerk) vor, wobei allerdings die Bedeutung horizontaler Verflechtung/Koordination autonomer Akteure zunehme.

Dirk Messner (1995) sieht die modernen Gesellschaften⁴ deswegen als Netzwerkgesellschaften an. Allerdings schränkt er diese Zuspitzung selbst ein, indem er von einem „Steuerungspluralismus“ in jenen Gesellschaften spricht und auf Fritz W. Scharpf verweist, der die horizontale Politikverflechtung stets in einem „shadow of hierarchy“ stattfinden sieht. Die „Entzauberung des Staates“ führt also zu einem Ende des Planungsstaates,⁵ nicht jedoch zum Ende des Staates als sozialem Gebilde.

Hier schließt Messner vielmehr an das oben skizzierte Staatsverständnis des akteurzentrierten Institutionalismus an. Während auf der einen Seite die zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft (Dezentralisierung von steuerungsrelevantem Wissen) und die Steigerung der Interdependenz (Globalisierung) weltgesellschaftlicher Beziehungen zu einer „Unterminierung staatlicher Steuerungsfähigkeit“ (Messner 1997a: 34ff) führen, bedeutet dies auf der anderen Seite, daß sich ein verändertes Staatsverständnis durchsetzt. Die empirisch wahrgenommenen Formveränderungen politischer Steuerung verweisen zum einen auf die verringerte Steuerungsfähigkeit des Staates und zum anderen auch auf die verstärkte Steuerungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure. „Die Beschäftigung mit Policy-Netzwerken ist zu einem Synonym für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Organisationsmustern und politischen Steuerungsformen geworden, die mit den traditionellen staatsrechtlichen Ansätzen, basierend auf den Prämissen der klaren Trennung von Staat und Gesellschaft und der inneren und äußeren Souveränität des Staates, nicht thematisiert werden können.“ (ebd.: 33) Die Rolle des Staates/staatlicher Akteure spezifiziert sich in diesem Kontext als *Moderator* oder *Makler* unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen, der „gemeinsam mit diesen über Mediation und Kommunikation effektive und für alle Beteiligten zustimmungswürdige Politikinhalte und -strategien formuliere und gemeinsam mit diesen Interessenten auch durchführe.“ (Esser 1998: 39) Staatliche und verbandliche Akteure werden dabei mit einer normativen Lektorientierung ausgestattet, nach der sie zu gemeinwohlverträglichem Handeln – gerade im Gegensatz zu den Akteuren der neoklassischen Theorie – in der Lage sind. In Auseinandersetzung mit der institutionenökonomischen Public-choice-Theorie, die opportunistisches Verhalten als Regel unterstellt, wird von der neoinstitutionalistischen Schule in der Politikwissenschaft „im Prinzip die Fähigkeit und Bereitschaft von Regierenden, Funktionären und Staatsbürgern angenommen, in öffentlichen Angelegenheiten auch das Gemeinwohl und kollektive Interessen zu verfolgen, die auch mit Eigeninteressen konfliktieren können.“ (Messner 1995: 186)

Trotz vielfältiger möglicher Netzwerkblockaden (Messner 1994), vermag *Vertrauen* als normative Orientierung der betroffenen Akteure die Netzwerklogik zu ermöglichen, die darin besteht, reziproken Interessenausgleich und einen gemeinsamen Problemlösungsmodus zu etablieren (Messner 1995: 284ff). Die Steuerungsfähigkeit in Netzwerkgesellschaften ist daher an komplexe normative und institutionelle Voraussetzungen gebunden und muß „kontinuierlich wieder-

hergestellt und stabilisiert werden – sie bleibt stets gefährdet.“ (Messner 1997a: 61)

Systemische Wettbewerbsfähigkeit als Problem gesellschaftlicher Steuerung

Die OECD-Konzeption der *strukturellen Wettbewerbsfähigkeit* (OECD 1992) wird in ihrer entwicklungsökonomischen Dimension vom DIE weitgehend übernommen. „Kernelemente dieses Konzepts sind (1) die Betonung von Innovation als dem zentralen Moment wirtschaftlicher Entwicklung, (2) eine Unternehmensorganisation jenseits tayloristischer Konzepte, die Lern- und Innovationspotentiale in allen betrieblichen Funktionsbereichen aktiviert, und (3) innovationsorientierte Netzwerke zwischen Unternehmen und unter Einbeziehung von unterstützenden Institutionen sowie innovationsfördernden institutionellen Rahmenbedingungen.“ (Eßer et al. 1996b: 75) Zentraler Gedanke der entwicklungsökonomischen Basistheorie ist, daß sich die Weltwirtschaft in einem Prozeß des technologischen und sozialen Wandels befindet. Es kommt nicht nur zur Durchsetzung des auf der mikroelektrotechnischen Revolution beruhenden neuen „technologischen Paradigmas“; die Dynamik des technologischen Wandels stößt auch Prozesse an, die über den engen Bereich des wissenschaftlich-technologischen hinausragen. Obwohl das neue Organisationsmuster der Gesellschaft und der Wirtschaft je nach nationalen Bedingungen variiere, spricht das DIE davon, daß sich die Herausbildung eines „neuen technisch-ökonomisch-sozialen Paradigmas“ (Eßer et al. 1994: 2) abzeichne, welches die Rahmenbedingungen bestimme, unter denen internationale Wettbewerbsfähigkeit nur möglich sei. Systemische Wettbewerbsfähigkeit wird auf vier Ebenen realisiert: der Meta-, Makro-, Meso- und Mikroebene. Mit jenem Vier-Ebenen-Modell wird also eine Norm erfolgreicher Modernisierung stilisiert (Altvater 1988), von der dann strategische Anweisungen abgeleitet werden können.

Aus den politikwissenschaftlichen Analysen neuer Politikformen wird der gesellschaftstheoretisch zentrale Grundbegriff der *Metaebene* abgeleitet, der auf die akteurspezifischen und institutionellen Funktionserfordernisse erfolgreicher „Netzwerksteuerung“ abhebt. Vertrauen und Reziprozität sind – wie oben beschrieben – die akteurspezifischen normativen und institutionellen Voraussetzungen, auf denen die Steuerungsfähigkeit staatlicher und gesellschaftlicher Akteure beruht (Messner 1995: 64f). Die Richtung und die politökonomischen Inhalte der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse sind jedoch nicht in beliebiger oder voluntaristischer Weise bestimmbar. Die inhaltlichen Anforderungen ergeben sich aus den wahrgenommenen Anforderungen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses moderner Gesellschaften. Diese Anforderungen leiten sich aus der/den entwicklungsökonomischen Basistheorie(n) ab, an die das DIE anknüpft (vgl. Hurtienne & Messner 1996). Die verschiedenen Dimensionen dieser Basistheorie(n) können nach Makro-, Mikro- und Mesoebene spezifiziert werden.

Die *Makroebene* beschreibt die makroökonomischen Erfordernisse national-staatlicher Wirtschaftspolitik (Eßer et al. 1996b: 80ff). Die zentralen Politikfelder sind hier die Geld- und Finanzpolitik sowie die nach außen gerichteten Handels- und Währungspolitiken. Zentraler Akteur ist der Nationalstaat bzw. die jeweilige nationale Zentralbank. Das DIE akzeptiert die Notwendigkeit makroökonomischer Stabilisierung, wie sie von den IWF-Programmen angestrebt wird. Ziel ist dabei, zur „Sicherung einer effizienten Allokation der Ressourcen funktionsfähige Faktor-, Güter- und Kapitalmärkte“ (ebd.: 80) einzurichten. Hierzu ist es zum einen notwendig, ein *binnenwirtschaftliches Gleichgewicht* zu installieren, welches einen „hinreichend stabilen Geldwert gewährleistet“ (ebd.: 81). Die dafür bereitstehenden politischen Instrumente sieht das DIE darin,

1. fiskalpolitisch nicht die kurzfristige Verringerung des Haushaltsdefizits ins Zentrum der politischen Anstrengungen zu stellen. Wichtiger ist vielmehr, die wachstums- und verteilungspolitische Dimension zu beachten, was auf eine „Restrukturierung des gesamten Steuer- und Abgabensystems“ (ebd.) hinausläuft. Hierzu sollte vor allem der Konsum stärker als die Produktion besteuert und die Steuerbasis verbreitert und homogenisiert werden.
2. haushaltspolitisch auf eine Einschränkung konsumptiver Ausgaben, der Beseitigung von Subventionen und anderen Privilegien und der Konzentration der Sozialpolitik auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen hinzuwirken.
3. geldpolitisch einen leistungsfähigen und diversifizierten privaten Finanzsektor einzurichten und die Kompetenzen der nationalen Zentralbank zu stärken, um die Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs auf den Geld- und Kapitalmärkten zu gewährleisten. Funktionales Ziel ist dabei, „ein ausreichendes Kreditangebot zu tolerablen Zinssätzen bei hinreichender Geldwertstabilität zu gewährleisten“ (ebd.: 82).

Zum anderen sollte eine auf aktive Weltmarktintegration gerichtete Makropolitik einen leichten „*pro-export-bias*“ etablieren. Das DIE schlägt hierzu vor,

1. den Wechselkurs als eine „strategische Variable“ zu betrachten und ihn stets leicht „unterbewertet“ zu halten;
2. handelspolitisch auf eine *selektive* Handelsliberalisierung zu dringen, die *mesoökonomisch* an eine Politik aktiver Industriestrukturgestaltung rückgebunden bleibt.

Die makroökonomische Stabilisierungspolitik reicht also zur Generierung internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht aus. Dem DIE zufolge ist es weiter notwendig, die Strukturveränderungen auf mikro- und mesoökonomischer Ebene in Betracht zu ziehen.

Die *mikroökonomische* Analyseebene bestimmt die strukturellen Veränderungen, die in den letzten Jahrzehnten auf Unternehmensebene in den Bereichen der Produktions-, Forschungs- und Vertriebs-, respektive Marketingorganisation, stattgefunden haben. In der Industrieökonomik und den entsprechenden Diskussionszusammenhängen der Managementliteratur wurden diese Veränderungen als „Japanisierung der Produktions- und Arbeitsbeziehungen“ diskutiert. Kon-

trastiert wurde die fordistische Form der Produktion in den USA und Europa mit dem Begriff des *Toyotismus* als neuer Weise, Produktion, Forschung und Vertrieb effizienzsteigernd zu integrieren.⁶ Im Kern propagiert das DIE auf der Mikroebene den Übergang zum neuen *best-practice*, der vor allem im Kontext dieser Diskussion und Reaktion auf die *japanische Herausforderung* begrifflich bestimmt wurde (Messner & Meyer-Stamer 1993). Der neue *best-practice* ist dabei nicht auf technische Innovationen wie *Computer Aided Design* (CAD), *Computer Aided Producing* (CAP) oder *Computer Aided Manufacturing* (CAM) reduziert, sondern umfaßt auch *soziale* und *organisatorische* Innovationen in den Unternehmen. Er läßt sich diesbezüglich mit den drei Dimensionen *simultaneous engineering* (Vernetzung von Produktion, Forschung und Design), *lean production* (systemische Rationalisierung von Produktion, Qualitätskontrolle und Logistik) und *just-in-time* (Vernetzung von Produktion und Zulieferbetrieben) beschreiben. Darüber hinaus werden auch die Entscheidungs- und Kompetenzebenen strukturell verändert. Entgegen den alten fordistischen Formen der vertikalen Integration und bürokratischer Entscheidungsprozesse werden Hierarchieebenen reduziert und Entscheidungsverfahren zur operativen Ebene hin dezentralisiert (Teamarbeit, Qualitätszirkel etc.). Diesen Strukturveränderungen in der Produktion kann sich nach dem theoretischen Modell des DIE in einer globalisierten Ökonomie keiner entziehen. Das technologische Paradigma der Mikroelektronik wurde maßgeblich in Japan geprägt und setzt alle anderen Nationalökonomien und Unternehmen einem enormen Wettbewerbsdruck aus. „Die gleichzeitige Annäherung von Unternehmen an alle drei Dimensionen [d.h. technologische, soziale und organisatorische Innovationen, d.Verf.] begründen einen *neuen best practice industrieller Produktion*, der die Maßstäbe für die internationale Konkurrenzfähigkeit setzt.“ (Eßer et al. 1994: 30)⁷

Der *Mesoraum* wird zur zentralen analytischen und politischen Ebene der DIE-Konzeption. Sie hebt anknüpfend an die neo-schumpeterianische Innovationsökonomik (Dosi et al. 1988; OECD 1992; Köppen 1998: 86ff) und die bundesdeutsche vergleichende Industriepolitikforschung (Jürgens & Krumbein 1991) die Bedeutung des Unternehmensumfeldes für die Generierung kumulativer Lerneffekte und Innovationen hervor. *Technologische Kompetenz* wird in den neueren Theorien über internationale Wettbewerbsfähigkeit als Grundlage internationaler Wettbewerbsfähigkeit angesehen (zusammenfassend Köppen 1998: 86ff). Sie „basiert auf schwer transferierbaren, oft nicht kodifizierten Wissensbeständen und kumulativen Lernprozessen, die im Zusammenspiel von Unternehmen und Institutionen entstehen. Auf diese Weise bilden sich länder- und regionenspezifische Wettbewerbsmuster und -vorteile heraus, die nicht einfach imitierbar sind.“ (Eßer et al. 1996b: 87) Folglich ist die „Gestaltung dieser Institutionenlandschaft (...) der Kern einer aktiven Standortpolitik.“ (Ebd.)

Zentraler Gedanke bei der Strukturierung des Mesoraumes ist dabei die Relevanz *selektiver Politiken*. Entgegen alten strukturpolitischen Vorstellungen traditioneller Industriepolitik und -planung oder Investitionslenkung, aber auch

neokorporativistischer Arrangements in den siebziger Jahren, die vor allem die Spitzen der involvierten Verbände miteinander artikulierten und regionalpolitisch nach dem sogenannten Gießkannenprinzip verfahren, bedeuten die neuen standortpolitischen Strategien eine Dezentralisierung von Entscheidungs- und Politikformulierungsprozessen. Anschließend an die steuerungstheoretische Diskussion in der Politikwissenschaft und die ökonomische Innovationsökonomik werden industriepolitische Handlungspotentiale „entstaatlicht“. Das „notwendige Know-how zur Formulierung langfristig orientierter Politiken und die Implementationskapazitäten [sind, d.Verf.] auf eine Vielzahl von staatlichen, privaten und intermediären Trägerschaften verteilt“ (ebd.: 88).⁸ Hiermit verändern sich auch die *Formen* der Politik: Statt der harten Steuerungsmedien Recht, Geld und Macht würden nun zunehmend „weiche Steuerungsmedien“ zur gegenseitigen Beeinflussung und Politikformulierung relevant. Hierzu können Mittel wie „Informationsfluß, Interessenintegration und prozedurale Festlegung“ (ebd.) gezählt werden. „Sie haben zwei Funktionen: Einerseits ist staatliche Mesopolitik auf die Know-how-Ressourcen von Unternehmen, Wissenschaft und anderen strategischen Akteuren angewiesen. Andererseits korrespondieren diese neuen Steuerungsmedien mit dem interaktiven Charakter von Innovation und dem systemischen Charakter von Wettbewerbsfähigkeit. Mesopolitiken gewinnen [daher, d.Verf.] einen prozeduralen Charakter.“ (Ebd.: 88f)

Gerade im Hinblick auf nachholende Modernisierungsprozesse ist der Gedanke zentral, daß in Phasen des technologischen Umbruchs „strategisch orientierte Akteure in den öffentlichen Institutionen mit unabhängigen Beratern und Experten agieren, um Industriekerne mit Entwicklungspotential zu identifizieren.“ (Ebd.: 92) Dies setzt freilich voraus, daß erstens die Ökonomie in einen Konsolidierungsprozeß eingetreten ist (makroökonomische Stabilisierung der Ökonomie) und zweitens entsprechende staatliche wie private Institutionen gegründet worden sind, an denen eine solche Modernisierungsstrategie ansetzen könnte. Realistischerweise erkennen die DIE-Autoren an, daß nur Industrie- und Schwellenländer institutionelle und ökonomische Voraussetzungen mitbringen, um sich dem technologischen Wandel erfolgreich zu stellen (ebd.: 96ff). Allerdings hätten auch schwächere Entwicklungsländer keine andere Wahl, als sich an dem dominanten techno-organisatorischen Paradigma zu orientieren.

Selektive Mesopolitik zielt also auf eine „Stärkung der Stärken“ (Eßer et al. 1994) eines regional definierten Standortes. Freilich werden auch auf nationaler Ebene industriepolitisch wirksame Entscheidungen getroffen, die es bei der Formulierung einer gemeinsamen industriepolitischen Vision der wichtigsten Akteure zu beachten gilt. Gerade auf die Bedeutung selektiver Handelspolitik und einer exportorientierten Wechselkurspolitik im DIE-Konzept wurde bereits oben hingewiesen. Die Bedeutung der nationalen Standortpolitik nimmt also nicht ab; sie transformiert sich: „Der Zentralstaat bleibt wichtig, um die Einbindungen von dynamischen Agglomerationen in eine nationale Entwicklungsstrategie zu gewährleisten, produktive Rückkopplungen zwischen lokalen und re-

gionalen Standorten zu initiieren, den Aufbau einer nationalen Infrastruktur voranzutreiben und eine aktive Außenwirtschaftspolitik umzusetzen“ (Eßer et al. 1996b: 94). Die Strukturgestaltung im Mesoraum muß also durch eine *Strukturgestaltung von oben* unterstützt werden.

Theoretische und strategische Blindflecke der Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit

Die theoretischen Defizite, die das DIE dazu führen, politische Gestaltungsspielräume zur Förderung regionaler und nationaler Modernisierung zu überschätzen und die strukturelle Macht des transnationalen Kapitals zu unterschätzen, lassen sich anhand der Dialektik von Weltmarkt und (national)staatlich verfasster Politik aufzeigen. Die theoretischen Defizite können unter drei Gesichtspunkten diskutiert und in ihrer Auswirkung auf die strategische Solidität der Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit bewertet werden. *Erstens* wird gezeigt, daß die internationale Währungskonkurrenz einerseits und die hiermit verbundenen finanziellen Instabilitäten des globalen Kapitalismus andererseits den Möglichkeitsraum erfolgreicher nachholender Modernisierung erheblich einschränken. *Zweitens* wird die These des DIE diskutiert, nach der Transnationale Konzerne zur ökonomischen und technologischen Kompetenzerweiterung von Entwicklungs- und Schwellenländern beitragen können. Schließlich werde ich *drittens* auf die politisch-ideologische Konstitution des Globalisierungsprozesses hinweisen und den institutionalistischen Staatsbegriff des DIE erörtern.

Währungskonkurrenz und finanzielle Instabilitäten als Interferenzen nachholender Modernisierung im globalen Kapitalismus

Das DIE legt in seiner Argumentation den Schwerpunkt auf die Generierung von Innovationen und den Aufbau eigenständiger technologischer Kompetenz. Doch diese am Produktivitäts- und Innovationsregime orientierten strategischen Vorschläge können nicht willkürlich von der (analytischen) Ebene des Wechselkursregimes getrennt werden (vgl. zu diesen Regime-Begriffen Bley & Hübner 1996: 31ff). Der entscheidenden theoretischen Frage, wie sich die Aussagen der Innovationsökonomik in zahlungsbilanzwirksame Kategorien umwandeln lassen, stellt sich das DIE nicht. Die Aussagen der neo-schumpeterianischen Innovationsökonomik (Dosi et al. 1990; Köppen 1998: 183ff), daß in langfristiger Perspektive das Niveau technologischer Kompetenz und Produktivität letztlich die *fundamentals* der hierauf aufbauenden Wechselkursverhältnisse sind, bedeutet im Umkehrschluß nicht, daß der Aufbau entsprechender technologischer Kapazitäten ohne weiteres möglich ist. Monetäre Abhängigkeit kann unter Umständen einen solchen Schritt verhindern. In diesem Zusammenhang kommen Überlegungen zur externen Finanzierung von Entwicklungsprozessen und dem damit zusammenhängenden „Diktat der Zahlungsbilanz“ (Altwater et al. 1983),

das sich über die Mechanismen der Währungskonkurrenz und finanzieller Instabilitäten durchsetzt, eine besondere Bedeutung zu.

Der Begriff der *Währungskonkurrenz* wurde im Kontext der monetär-keynesianischen Schule entwickelt (Herr 1992; Lüken-Klaßen 1993). Nach dieser konstituieren sich Nationalökonomien über die Bereitstellung von *nationalem* Geld. In diesem Theorieprogramm wird davon ausgegangen, daß die Vermögensmärkte die Gütermärkte und hierdurch Produktion, Beschäftigung und Technikwahl bestimmen. Entscheidende Akteure sind hier zum einen die sogenannten Vermögenseigentümer bzw. -besitzer und die Institution der nationalen Zentralbank, die durch das Knapphalten von Geld erst dessen Funktionsfähigkeit sichert. Die Vermögenseigentümer können darüber disponieren, Sach- oder Geldvermögen zu halten. Das Individualkalkül orientiert sich dabei an dem *Sicherungsbedürfnis* der Vermögenseigentümer. Weltmarkttheoretisch gedeutet bedeutet dies, daß die Vermögenseigentümer „mit der Entscheidung über den Anteil der jeweiligen Währung in ihrem Portefeuille auch über den Preis der Währung“ entscheiden. Der Wechselkurs wird somit „zum internationalen Vermögenspreis einer Währung.“ (Lüken-Klaßen 1993: 12) Folglich konkurrieren die nationalen Zentralbanken auf den internationalen Devisenmärkten um die internationale Vermögensmasse: „Die Währungskonkurrenz wird damit zum zentralen Topos der geldwirtschaftlichen Weltmarkttheorie“ (ebd.).⁹

Ausgehend von diesem markttheoretischem Fundament (Individualkalkül) läßt sich auch empirisch feststellen, daß Währungen ungleiche Vermögenssicherungsqualitäten aufweisen, „die sich in unterschiedlichen Erwartungen über den zukünftigen Wert des Wechselkurses und in unterschiedlichen länderspezifischen nichtpekuniären Verwertungsraten der Währungen ausdrücken.“ (Herr 1992: 132) Es bilden sich somit in jedem liberalen Weltmarktregime notwendig *Währungshierarchien* heraus (ebd.: 132ff). Dabei kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß nationale Geldpolitik per se in der Lage ist, die Funktionsfähigkeit des nationalen Geldes zu gewährleisten. Schwachwährungsländer vermögen mittels ihrer nationalen Währung die für eine Geldwirtschaft erforderlichen Funktionen nicht zu erfüllen. „Die Fähigkeit zur Verteidigung des nominellen Wechselkurses ist von der internationalen Position des Währungsraumes abhängig. Nur ein Gläubigerland ist mit absoluter Sicherheit in der Lage, den nominalen Wechselkurs zu verteidigen.“ (Lüken-Klaßen 1996: 243) Schwachwährungsländer können die geringe nichtpekuniäre Verwertungsrate ihrer Währung (Liquiditätsprämie) monetär durch höhere Zinssätze kompensieren. Eine solche Politik ist gerade in den Finanz- und Währungskrisen der letzten Jahre in Lateinamerika und Südostasien zu beobachten gewesen (Boris 1999: 309; Dieter 1998). Diese restriktive Wirtschaftspolitik ist jedoch kein Ausweg aus der untergeordneten Position in der Währungshierarchie. Es bleibt nämlich „der positive Effekt der Reduzierung der Überschußnachfrage nach Fremdwährung unsicher, während der negative Effekt der hohen Zinsen auf die Investitionen und die damit verbundene Verletzung des Entwicklungszieles ge-

sichert ist.“ (Lüken-Klaßen 1993: 133) Sinkendes Wachstum und gesteigerte Arbeitslosigkeit und Armut sind die unabwendbaren Folgen.

Das DIE geht allerdings davon aus, daß im Prinzip jedes Entwicklungsland in der Lage ist, seinen Wechselkurs und seine Zinsen so zu bestimmen, daß eine Modernisierungsstrategie möglich ist (vgl. exemplarisch Meyer-Stamer 1997a: 97f). Wenn es dennoch zu Spekulationen gegen eine Währung komme, so sei dies „in der Regel die Konsequenz unsolider Makropolitik.“ (Meyer-Stamer 1997b: 379) Diese unterstellte währungspolitische Souveränität ist jedoch als verallgemeinerte Aussage theoretisch fragwürdig – zumindest solange, bis eine internationale Regulierung der Wechselkursverhältnisse einsetzt.¹⁰

Die makroökonomischen strategischen Vorschläge des DIE (Unterbewertungsstrategie und selektiver Protektionismus) lassen sich überraschenderweise auf die Erkenntnisse des monetär-keynesianischen Theorieprogrammes zurückführen (z.B. Lüken-Klaßen 1993: 125ff). Neben der impliziten Behauptung geldpolitischer Souveränität von Entwicklungsländern weigern sich die DIE-Autoren, der makroökonomischen Konsequenz einer solchen Exportstrategie zuzustimmen. Diese monetäre Entwicklungsstrategie kann nämlich nicht erfolgreich von allen Ländern implementiert werden, weil sie den Funktionsbedingungen der Währungskonkurrenz widerspricht (ebd.: 14). „Entwicklung verlangt eine Politik der Unterbewertung der Währung, damit sie die notwendige Stütze durch den Export erhält“ – bis hierin folgen die DIE-Autoren noch den Ausführungen des Monetär-keynesianers Hajo Riese (1986: 183). Doch die saldenbilanzmechanische Konsequenz hieraus, daß eine solche Politik von seiten der Industrieländer eine Überbewertung von deren Währungen und einen tendenziellen Importüberschuß verlangen würde, wird von den Autoren der Konzeption systemischer Wettbewerbsfähigkeit übergangen.

Die DIE-Konzeption, die ihrem Selbstverständnis nach „einen Rahmen für Analyse und Gestaltung der Bestimmungsfaktoren von Wettbewerbsfähigkeit in allen, auch weniger fortgeschrittenen Entwicklungsländern“ (Eßer 1996: 7) bietet, ist wegen der dargestellten makroökonomischen Beschränktheit theoretisch wie politisch problematisch. Wenn aus makroökonomischen Gründen (Währungskonkurrenz unter den Bedingungen eines zur Zeit herrschenden Multi-Währungsstandards [vgl. Herr 1992: 264ff; Hein, E. 1998]), die Situation eines *first-best-scenarios* ausgeschlossen ist (Positiv-Summenspiel), dann ist die Empfehlung an alle Entwicklungsländer, sich zum Zweck der nachholenden Modernisierung aktiv in den Weltmarkt zu integrieren: (1) theoretisch unzureichend begründet und (2) deswegen strategisch fragwürdig.

Der Begriff der *finanziellen Instabilität* weist auf den Tatbestand hin, daß seit der Aufgabe des Festkurssystems von Bretton Woods und der Liberalisierung der Kapitalmärkte die Bewegungen von Zinsen, Wechselkursen und (Rohstoff-/Güter-)Preisen erheblich *volatil* verlaufen. Entgegen den Voraussagen neoklassischer Provenienz (Kaufkraftparitätentheorem) pendelten sich die unterschiedlichen Wechselkurse nicht in ein Gleichgewicht ein, sondern begannen *erratisch*

zu fluktuieren (Altvater & Mahnkopf 1996: 187). Die seit den 80er Jahren beschleunigte Internationalisierung der Finanzmärkte wird als Faktor ökonomischer Instabilität diskutiert. Eine erste Konsequenz zunehmend unsicherer Umweltbedingungen für die Investitionspläne von Unternehmen war die Einführung sogenannter Finanzinnovationen. Finanzderivate (*Financial Futures, Options*) sind von einem anderen Finanzprodukt (z.B. Wechsel, Aktie, Devisen, Kredit) abgeleitet und dienen ursprünglich dazu, bestehende Positionen vor zukünftigen Volatilitäten abzusichern (Hufschmid 1999: 51ff).

Über die Frage, ob der Handel mit solchen Finanzprodukten vor allem spekulativ ist und daher ein großes Risiko für die internationale Wirtschaft darstellt (These vom Kasino-Kapitalismus) oder aber eher der Vermögenssicherung dient (monetär-keynesianische These), besteht keine Einigkeit. Selbst wenn man die Vermögenssicherungsthese akzeptiert, muß nicht von den negativen Wirkungen finanzieller Instabilitäten auf den realen Akkumulationsprozeß abgesehen werden. Statt von einer Entkopplung sollte man von einer „*relativen Verselbständigung des monetären Weltmarktes*“ (Hübner 1998: 90) sprechen. Dabei wird einerseits auf die Selbstbezüglichkeit der finanzwirtschaftlichen Titel und Ansprüche Bezug genommen. Die Verselbständigung besteht darin, daß mit Derivaten gehandelt wird, die sich selbst auf andere (verbriefte) Finanzderivate oder Finanz-Basiswerte beziehen. Die Verselbständigungsprozesse sind andererseits insofern relativ, „als gezeigt werden kann, daß die monetären Prozesse eben gerade nicht neutral sind, sondern auch die realwirtschaftliche Sphäre berühren.“ (ebd.) Kurt Hübner spannt sodann zwei Argumentationslinien auf, die negative Rückkopplungsschleifen auf die reale Akkumulation darstellen.

Obwohl die meisten Finanzderivate der Absicherung eigener Positionen dienen, kann eine Kumulation von Risiken bei einzelnen Akteuren des monetären Weltmarktes zu weitreichenden Konsequenzen für Preise und Wechselkurse führen. Die Geschäfte mit Finanzderivaten sind in der Regel bilanzunwirksam, also der staatlichen Regulierung entzogen. Finanzderivate wurden 1998 nur zu einem Fünftel an der Börse gehandelt; der restliche Handel verlief ohne die Kontrolle der Börsenaufsicht (*Over The Counter*-Geschäfte [Hufschmid 1999: 56ff]). „Angesichts des Integrationsgrades der globalen Finanzmärkte kann das Reißen einiger weniger Glieder der Kette zu einem raschen Zerreißen der ganzen Kette führen.“ (Hübner 1998: 101) Verluste im Derivatgeschäft können Banken in den Ruin treiben (z.B. den Bankrott der Barings-Bank), zu einer Bankenkrise führen und somit Investitionen und schließlich Einkommen und das Bruttoinlandsprodukt reduzieren.

Der zweite Rückkopplungsmechanismus drückt sich darin aus, daß die Verselbständigungstendenzen des monetären Weltmarktes „spezifische Anreizstrukturen für die ökonomischen Akteure“ schaffen. Die finanziellen Renten und Pioniergewinne heben die Renditeerwartungen für realwirtschaftliche Anlagen nach oben. Dadurch werden einkommens- und beschäftigungswirksame Investitionen rationiert.¹¹ Diesen Prozeß unterstützt noch die Tatsache, daß etwa 80

Prozent der täglichen Devisenmarkttransaktionen kurzfristigen Charakter aufweisen (ebd.: 104). Für den Aufbau einer nationalen Infrastruktur und technologischer somit zeitintensiver Produktionen ergibt sich somit das Problem, daß die Verkürzung der Zeithorizonte der ökonomischen Akteure mittels der Rationalisierung von Investitionsvorhaben den Akkumulations- und Wachstumsprozeß stört (ebd.: 107).

Zwar weisen die DIE-Autoren auf die Gefahr von kurzfristigen Kapitalflüssen hin und betonen, die Liberalisierung der Finanzmärkte an das Ende des Liberalisierungsprozesses zu stellen (Messner 1995: 52), doch bleibt diese theoretische Einsicht mit der praktischen Erkenntnis, daß sich die lateinamerikanischen Ökonomien im Gegensatz zu den postulierten Forderungen gerade im Finanzbereich schnell liberalisiert haben, für das DIE strategisch folgenlos. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (1996: 31ff) entdecken einen Widerspruch zwischen globalem Wettbewerb und lokaler Wettbewerbsfähigkeit, der aufgrund des „Diktats der Zahlungsbilanz“ und der Faktizität liberalisierter Finanzmärkte in weiten Teilen der „Dritten Welt“ nicht so ohne weiteres *gelöst* werden kann: „Der Versuch, in der globalen Währungskonkurrenz die Position der nationalen Währung mit hohen Renditen zu halten (eine Seite der Zwickmühle), wird mit dem Preis von verringerter Investitionstätigkeit, steigender Arbeitslosigkeit, sozialer Unruhe (die andere Seite der Zwickmühle) bezahlt. Für private Investitionen, aber erst recht für öffentliche Investitionen gelten andere Zeiperspektiven als für Anleger auf den globalen Finanzmärkten.“ (Ebd.: 32)

Die strukturelle Macht des Kapitals I: Transnationale Konzerne, nationale Innovationssysteme und nachholende Modernisierung

Ein zweiter Einwand richtet sich gegen die industrieökonomischen Grundlagen des DIE. Es steht die These des DIE zur Diskussion, daß sich trotz des Globalisierungsprozesses alle privatwirtschaftlichen Akteure, also auch Transnationale Konzerne, wie nationale Akteure verhalten (Eßer et al. 1994: 4). Das politisch durch den jeweiligen (National-)Staat gestaltbare institutionelle Umfeld besitzt dieser Interpretation zufolge gegenüber einer Eigenlogik transnationaler Konzerne einen politisch-theoretischen Primat (nationale Innovationssysteme).

Die These von der lokalen Gebundenheit Transnationaler Konzerne (TNK) leitet sich aus den theoretischen Grundannahmen der neuen institutionalistischen Schule der *industrial relations* her (Altvater & Mahnkopf 1996: 342). Ausländische Tochtergesellschaften der TNK sind dieser Auffassung zufolge durch *Dezentralisierungsstrategien* in das jeweilige standortspezifische institutionelle Umfeld eingepaßt. Das DIE-Gutachten zielt zwar insbesondere darauf, heimische Unternehmen für den Weltmarkt „fit“ zu machen, indem sie größer werden sollen. TNK stellen jedoch prinzipiell keinen Hinderungsgrund für eine Strategie nachholender Modernisierung dar, solange sie über Direktinvestitionen zur Unterstützung des nationalen Innovationssystems beitragen.

Eine Analyse bestehender Globalisierungsprozesse technologischer Aktivitäten führt Messner und Meyer-Stamer (1993: 107f) zu der Einschätzung, daß der nationalen Technologiepolitik dennoch der theoretisch-strategische Primat zukommt. Dort, wo globalisierte Unternehmens-Forschung und Entwicklung (F&E) auftritt, „entwertet sie nicht die Externalitäten im regionalen Raum, sondern sie findet überwiegend statt, weil außenstehende Unternehmen an diesen Externalitäten teilhaben wollen.“ (Ebd.: 108) Bezeichnenderweise befinden sich die diskutierten Beispiele in Regionen der Industrieländer (Silicon Valley, Emilia Romagna usw.). Doch sogar für diese Regionen kann gezeigt werden, daß sie (1) weder besonders „innovativ“ noch (2) regional integriert sind. Die als Paradebeispiel für den neuen „post-fordistischen Typus flexibler Akkumulation“ betrachtete Emilia Romagna wird von Altvater und Mahnkopf (1993: 111) als eine Region beschrieben, in der „eklatante Innovationsdefizite bei kleinen Firmen aufgedeckt, starke Konzentrationsprozesse (z.B. in der Maschinenbauindustrie) beobachtet und eine sukzessive Einbindung der lokalen Ökonomie in eine weiträumige (interregionale und transnationale) Arbeitsteilung festgestellt“ wurden. Auch Silicon Valley ist mittlerweile als regional integrierter Innovations- und Produktionsstandort „entzaubert“ worden (Lühtje 1998).

Wenn auch diese Globalisierungsprozesse von Forschungs- und Produktionsnetzwerken nicht darauf hinweisen, daß eine nationale Technologie- und Industriepolitik überflüssig wäre, so können TNK diese ungleichen Standortbedingungen für die Optimierung ihrer „global sourcing“-Strategien ausnutzen (ebd.: 571; Ruigrok & van Tulder 1995). TNK verfügen dabei über *Exit-Optionen*, welche sie im Verhältnis zu am (nationalen) Binnenmarkt orientierten Unternehmen *spezifisch* machen (Altvater & Mahnkopf 1996: 343ff). Zu diesen Exit-Optionen zählen neben der sogenannten Desinvestition vor allem administrierte Preise und Gewinnmitnahmen. Je mehr die internationalen und nationalen Investitionsregime liberalisiert werden (UNCTAD 1999), desto mehr profitieren TNK von dieser „Ausstiegsoption“.

Ob es darüber hinaus vor dem Hintergrund des externen Sachzwangs, zur Sicherung des Wechselkurses ggf. kurzfristig Fremdkapital attrahieren zu müssen, gelingen kann, eine national eigenständige technologische Kompetenz auf internationalem Niveau zu erreichen, bleibt im Einzelfall eine empirische Frage. Trotz aller Bedeutung, die den spezifischen nationalen Innovationssystemen zukommen dürfte, zeigen doch zahlreiche Forschungen über die Globalisierung der Technologie, daß TNK mittels strategischer Allianzen zu Kumulationspunkten von technologischer Kompetenz und Wissen werden können (Chesnais 1988; Archibugi & Michie 1995). Zweifellos spielen dabei regionalspezifische Mesostrukturen eine Rolle; die Verfügungsrechte über solche Innovationen sind jedoch in der Regel durch TNK angeeignet worden. Diese Verfügungsrechte in Form von Lizenzen etc. stellen in besonderer Weise ein Mittel zur Ressourcenextraktion aus Entwicklungsländern dar (Martinussen 1997: 122ff; Hauck 1996: 166).

Die strukturelle Macht des Kapitals II: Kritik der institutionalistischen Staatskonzeption des „kooperativen Staates“

Nachdem bisher die makro- und industrieökonomischen Bedingungen des DIE-Ansatzes systemischer Wettbewerbsfähigkeit diskutiert worden sind, gilt es nun, einen Blick auf die staats-theoretischen Aspekte der Entwicklungsstrategie zu werfen.

Zweifellos ist es eine Leistung des DIE, auf die entwicklungsstrategische Bedeutung des Staates hingewiesen zu haben. Diese konzeptionelle Blickerweiterung führt dazu, daß realitätsferne Theoriekonstruktionen sogenannter neoliberaler Entwicklungsökonomien, die auf die alleinige Bedeutung des Marktes hinweisen, um die Bedeutung des Politisch-Staatlichen erweitert und verbessert werden (vgl. auch Goldberg 1998). Indem jedoch das DIE die begriffliche Dichotomie Markt $\leftrightarrow$ Staat im neoliberalen Diskurs zum Ausgangspunkt nimmt, die politische Gestaltungsfähigkeit nachholender Modernisierung mittels des kooperativen Staates und gesellschaftlicher Selbststeuerung als Alternative zum Neoliberalismus zu erheben, verliert es seine analytisch-begriffliche Klarheit. Entgegen den impliziten Vorstellungen der DIE-Autoren ist der Globalisierungsprozeß vielmehr als *neoliberales Projekt* zu begreifen, welches somit über eine politische und ideologische Konstitution verfügt (Röttger 1997). Die ökonomische Globalisierung ist keine evolutionäre „Globalisierungstendenz“ (Eßer 1996: 1), sondern politisch durchgesetzt worden (vgl. z.B. Helleiner 1994). Indem der „Globalisierungsdiskurs“ in Gegensatz gesetzt wird zu den Möglichkeiten „politischer Steuerungsfähigkeit“ (z.B. Eßer 1996: 2), wird suggeriert, daß allein das Insistieren auf politischen Steuerungsmöglichkeiten per se schon ein Merkmal wirtschaftspolitischer Praxis jenseits des Neoliberalismus sei. Dies ist freilich ein kategoriales Mißverständnis: Der (staatlich und gesellschaftlich) erweiterte konzeptionelle Blick wird mit der realen Konstitution politischer und ökonomischer Verhältnisse im globalen Kapitalismus verwechselt, die sich in der Bewegung vom marktradikalen Neoliberalismus zum Paradigma der Netzwerkgesellschaft äußere (Messner 1995). Der globale Kapitalismus stellt dagegen vielmehr „eine komplexe Verknüpfung gesellschaftlich-politischer Einheiten mit je eigenen, aber miteinander in Beziehung stehenden und voneinander abhängigen Akkumulationsregimes und Regulationsweisen dar“ (Hirsch 1995: 66).

Welche Konsequenz hat diese theoretische Kritik auf die Aussagefähigkeit der DIE-Konzeption? Die Liberalisierung der Finanz- und Gütermärkte, der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie der Privatisierung und Deregulierung des Staates sind politisch durchgesetzt worden und damit an eine spezifische Interessenskonstellation von sozialen Kräften gebunden. Da das DIE an diese neoliberalen Grundprinzipien anknüpft und sie lediglich um die institutionelle Sichtweise erweitert, bleiben seine Vorschläge an diese gesellschaftliche Interessenskonstellation gebunden. Diese hat sich als politisch-ideologische Hegemonie konstituiert und institutionell zu einer gesellschaftlichen Macht- und Herr-

schaftskonstellation verfestigt. Die Betonung der neoinstitutionalistischen Schule, daß das Staatspersonal und ein kooperativer Staat zu gemeinwohlverträglichem Handeln fähig seien, bleibt solange ein rein formales Argument gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik, wie von jenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abgesehen wird, die die hegemoniale Strategie des Staates erst begründen (Hirsch 1992).

Der Begriff der strukturalen Macht des (transnationalen) Kapitals (Gill & Law 1988: 83ff) verweist gerade auf die Spezifität Transnationaler Konzerne, von ihren „Exit-Optionen“ Gebrauch machen zu können. Das gegenseitige Auspielen von regionalen Standorten einerseits und die Kumulation von finanziellem, technischem und organisatorischem „Kapital“ andererseits machen TNK zu ungleichen Partnern in Unternehmens- und Politiknetzwerken. Diese strukturell begründeten Asymmetrien werden jedoch im Konzept des „kooperativen Staates“ und seines „vertrauensgestützten“ Steuerungsoptimismus gar nicht beachtet. Der institutionalistische Staatsbegriff entlarvt sich dabei selbst als „völlig blind beim Umgang mit Macht-, Herrschafts- und Kräfteverhältnissen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik“ (Esser 1998: 45).

Diese gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse konstituieren und institutionalisieren sich dabei im globalen Kapitalismus in transnationaler Weise. Ob man dabei von einer *transnationalen Klassenbildung* (van der Pijl 1995) oder aber von einer *transnationalen Herrschaftssynthese* (Röttger 1997: 117ff) sprechen sollte, bleibt der weiteren Forschung überlassen. Fest steht allerdings, daß die politisch durchgesetzte Globalisierung der Ökonomie mit der Bildung von (formellen wie informellen) Netzwerken internationaler Zusammenarbeit einhergegangen ist, die von Stephen Gill (1995: 78ff) treffend als *neoliberaler Konstitutionalismus* bezeichnet worden ist. Dahinter verbirgt sich der Gedanke, daß spezifische soziale Akteure zur Verfestigung des ökonomischen Globalisierungsprozesses darauf dringen, „ein politisches und rechtliches Rahmenwerk zu entwickeln, das auf die Neukonstituierung des Kapitals auf Weltebene zielt und damit auf die Intensivierung marktförmiger Disziplinierung“ (ebd.: 78). Hierzu gehören nicht nur internationale Institutionen wie der IWF, Weltbank, die Welthandelsorganisation (WTO) und regionale Systeme wie besonders die Europäische Union (EU), sondern auch mehr informelle Einrichtungen wie die Gruppe der G-7 und sogar strategisch-ideologische Institutionen wie das bekannte jährliche Weltwirtschaftsforum in Davos.

Schlußfolgerungen

Makroökonomisch mangelt es der Wettbewerbskonzeption des DIE an einem Verständnis und systematischer Berücksichtigung von negativen Rückkopplungsschleifen des ökonomischen Globalisierungsprozesses. Die Liberalisierung der Finanz- und Gütermärkte hat enorme kontraktive Auswirkungen auf technologie- und beschäftigungsschaffende Investitionen. Die relative Verselbstän-

digung des monetären Weltmarktes unter den Bedingungen eines Multiwährungsstandards macht es darüber hinaus strategisch fragwürdig, im Prinzip allen Entwicklungsländern eine Exportstrategie als Ausweg aus der Unterentwicklung zu empfehlen. Forderungen nach einer stärkeren Regionalisierung der Weltwirtschaft können nur dann als Alternative zur hier kritisierten Entwicklungsstrategie anerkannt werden, wenn die Region gerade nicht – wie das DIE fordert (Eßer et al. 1994) – als „Sprungbrett zum Weltmarkt“ definiert wird. Eine Regionalisierung der Weltwirtschaft wird nur dann Möglichkeiten schaffen, die Triadisierungs- und Ausschußlogik des globalen Kapitalismus zu überwinden, wenn „neue metropolitane Spezialisierungsprofile entwickelt und die weltwirtschaftlichen Peripherien in regionale Wachstumsmodelle mit je eigener Arbeitsteilung eingebunden werden.“ (Bonder et al. 1993: 340).

Dazu muß vor dem Hintergrund der Finanzkrisen der 90er Jahre nicht nur die kooperative (Re-)Regulierung des internationalen Währungs- und Finanzregimes auf die internationale Agenda gesetzt werden (Dieter 2000). Ebenso sollte in diesem Zusammenhang die Rolle der TNK diskutiert werden. Insbesondere die zunehmende Liberalisierung der nationalen wie internationalen Investitionsregime verschärft in einigen Branchen der Wirtschaft die Abhängigkeit von Transnationalen Konzernen. Es gilt bei den Verhandlungen um ein internationales Investitionsregime als Minimalstandard, die Interessen der Schwellen- und Entwicklungsländer auf eigenständige Entwicklung zu berücksichtigen. Das vorläufig gescheiterte MAI-Abkommen (*Multilateral Agreement on Investment*) war in seiner ursprünglichen Fassung als ein Freibrief für TNK anzusehen, sich die ökonomischen und natürlichen Ressourcen von Entwicklungsländern in der Form anzueignen, daß eine eigenständige Entwicklungspolitik mit dem Ziel der Herausbildung strukturell kohärenter Wirtschaftsstrukturen verunmöglicht wird (WEED & Germanwatch 1998). Zur Durchsetzung eines entwicklungsländerfreundlicheren Handels- und Währungsregimes bedarf es zweifellos einer Süd-Süd-Kooperation, die jedoch praktisch viel schwerer umzusetzen als theoretisch einzufordern ist. Unter den Bedingungen von weltweiter Standortkonkurrenz erscheint es für ein einzelnes Land immer wieder rational, zugunsten eigener kurzfristiger Interessen eine gemeinsame Phalanx gegen die den Weltmarkt dominierenden Industrieländer zu unterlaufen.

Die politische und ökonomische Logik des globalen Kapitalismus fungiert als widersprüchlicher Prozeß der *Vereinheitlichung und Fragmentierung der Weltgesellschaft*. Weder ist die ökonomische noch die politische Logik der Globalisierung mit Globalität zu identifizieren. Genauso wenig konstituiert sich eine homogene oder kohärente Weltgesellschaft. Die länderspezifisch unterschiedliche Entwicklung einerseits und die Verallgemeinerung neoliberaler Wirtschafts- und Politikprinzipien andererseits sind ohne eine historisch-strukturelle Betrachtung nicht zu begreifen (vgl. hierzu Röttger 1997; Hirsch 1995). Das hegemoniale Projekt des Neoliberalismus besteht in der „Rationalisierung und Flexibilisierung durch Globalisierung“ (Hirsch 1995: 240). Diese verfügt über eine

politische und ideologische Konstitution, welche zwar in letzter Zeit ideologisch in die Krise gekommen zu sein scheint und insoweit keine politischen Legitimationsressourcen mehr bereitzustellen vermag. Die materielle Substanz des Neoliberalismus jedoch, welche sich in der uniformen Wirtschaftspolitik auch sozialdemokratischer Regierungen widerspiegelt, bleibt weitgehend unangetastet (Panitch 1998). Sie wird auch vom DIE nicht wirklich in Frage gestellt. Trotz aller vehementer Rechtfertigungsversuche, daß Weltmarktorientierung kein Merkmal neoliberaler Politik sein müsse (Messner 1997b), bricht das DIE weder mit den Prinzipien des Neoliberalismus (Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung und Flexibilisierung) noch mit dessen strategischer Zielsetzung (Weltmarktintegration).

Indem sie die makroökonomischen Vorgaben des Neoliberalismus akzeptiert und nur noch auf die Qualität zwischenbetrieblicher Kontakte achtet, degeneriert eine solche Entwicklungstheorie zur *Netzwerkökonomik*. Christoph Scheuplein ist zuzustimmen, daß solche Forschungsstrategien eine „Depotenzierung“ der Wirtschaftstheorie bedeuten, indem gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und Rückkopplungsschleifen ausgeblendet werden (Scheuplein 1998; Hübner 1998). Diese Komplexe wieder intellektuell-theoretisch bewußt zu machen, ist als Kernaufgabe theoretischer Arbeit zu begreifen. Doch theoretische Arbeit allein wird nicht ausreichen, eine gegenhegemoniale nationale und internationale Bewegung zu begründen, die die neoliberale Hegemonie massiv in Frage stellen könnte. Hierzu ist es nicht nur notwendig, eine stärker auf internationale Regulierung und Kooperation ausgerichtete Entwicklungsstrategie zu verfolgen. Nicht weniger zentral erscheint es, sich mit Perry Anderson (1997: 7) wieder stärker auf die Prinzipien sozialer Gleichheit, verschiedene Formen des Gemeineigentums und der Ausweitung demokratischer Verfahren zu besinnen.

Anmerkungen

¹ Forschungsstrategisch und institutionell ist die Abteilung IV des DIE, welche verantwortlich für die hier diskutierte Entwicklungsstrategie zeichnet, auf die empirische Analyse und Politikberatung von Ländern und Institutionen des lateinamerikanischen Subkontinents ausgerichtet. Die Konzeption der systemischen Wettbewerbsfähigkeit verbindet sich mit einer spezifischen Krisenanalyse des lateinamerikanischen Entwicklungsmodells. Eine kritische Würdigung der Krisenanalyse der Verschuldungskrise durch das DIE, welches in *endogenen Entwicklungsblockaden* der importsubstituierenden Industrialisierung die strukturellen Ursachen der Verschuldungskrise erkennen will, kann hier nicht geleistet werden. Zu den Autoren der Studie zur systemischen Wettbewerbsfähigkeit gehörten neben Klaus Eßer noch Wolfgang Hillebrand, Dirk Messner und Jörg Meyer-Stamer.

² Allerdings ist es hinsichtlich der Frage nach der Integration(sfähigkeit) moderner funktional differenzierter Gesellschaften zu einer Annäherung zwischen den Vertretern einer autopoietischen Systemtheorie und ihrer akteurtheoretischen Reformulierung gekommen. Verhandlungssysteme und Politiknetzwerke institutioneller Akteure werden theoretisch als Formen intersystemischen Leistungsaustausches angesehen (Mayntz 1993; Willke 1998: 109ff).

³ Die soziologische Netzwerkanalyse und die betriebswirtschaftliche Industrieökonomik haben hierzu vielfältige Typologien und empirische Ergebnisse bereitgestellt (Jansen & Schubert 1995: 11; Sydow 1992).

- ⁴ Hierzu zählen nicht nur die Industrieländer des Nordens, sondern auch Länder wie z.B. Südkorea. Südkorea ist nach einer Phase der „Entwicklungsdiktatur“ auch Prozessen gesellschaftlicher Differenzierung ausgesetzt, die in zunehmenden Maß gesellschaftliche Akteure hervorbringt, die nicht mehr dem Entwicklungsstaat subsumiert sind, sondern spezifische Eigeninteressen entwickeln. Das ist nach dieser Analyse auch der Grund dafür, daß in diesem Land der „Entwicklungsstaat“ an seine Steuerungsgrenzen geraten ist (Marmora & Messner 1992).
- ⁵ Michael Mann (1997: 120ff; bzgl. der USA) zum einen und Joachim Hirsch (1995: 116) zum anderen verweisen zurecht auf die Hypostasierung des *Planungsstaates*. Der Staat war niemals so steuerungsmächtig, so ihre Kritik, wie in den neueren Theorien zur politischen Steuerung / Staatstheorien suggeriert wird.
- ⁶ Hierbei ist insbesondere auf die „Schule machende“ Vergleichsstudie der US-amerikanischen Industrieökonom James T. Womack, Daniel T. Jones und Daniel Ross (1991): „Die zweite Revolution in der Autoindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie aus dem Massachusetts Institute of Technology“ hinzuweisen, die die Produktivitäts- und Qualitätsvorteile der japanischen Produktionsform des „Toyotismus“ dokumentiert (vgl. als kritischen Überblick Strutynski 1997).
- ⁷ Die Typisierung dieser postfordistischen Unternehmensstrukturen ist in der Industrieökonomik und Industriosozologie allerdings umstritten. Fordistische, postfordistische und neofordistische Industriestrukturen koexistieren in verschiedenen Branchen und Nationalökonomien (vgl. kritisch zum postfordistischen Paradigma Tomaney 1994; Hein, W. 1995). Trotz diverser Typisierungsversuche besteht wohl nur Einigkeit darüber, daß sich Konturen einer Netzwerkökonomie herausbilden (Scheuplein 1998).
- ⁸ Hierzu können Unternehmen, Verbände, Wissenschaft, staatliche und private intermediäre Institutionen (z.B. in Bereichen wie Consulting, Aus- und Fortbildung, Finanzierung) sowie Gewerkschaften zählen (vgl. die Abbildung in Eßer et al. 1996b: 90).
- ⁹ Freilich setzt die Anwendung des monetär-keynesianischen Programmes in der Entwicklungstheorie die Konstitution einer modernen Geldwirtschaft in dem jeweiligen Entwicklungsland voraus. Diese verlangt streng genommen, daß sich Privateigentum, Arbeitsteilung und Lohnarbeit als dominante Vergesellschaftungsmodi durchgesetzt haben (Herr 1992: 11; Nicolas 1995: 30ff).
- ¹⁰ Zwar gesteht das DIE (Eßer et al. 1994 in einer Fußnote zu, daß der Wechselkurs nur unter besonderen Bedingungen von der nationalen Wirtschaftspolitik zu beeinflussen sei, doch wird der wirtschaftspolitische Primat weiterhin einer nationalen Industrie- und Technologiepolitik zugewiesen. Von Dirk Messner (1999), einem der Autoren der DIE-Studie, wird neuerdings intensiv auf eine globale Strukturpolitik als Voraussetzung nachholender Modernisierung hingewiesen.
- ¹¹ Eine strategische Rolle spielen dabei US-amerikanische Pensionsfonds (Guttmann 1998).

Literatur

- Altvater, Elmar (1988): „Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott ‘fordistischer’ Industrialisierung“. In: Hübner, Kurt; Mahnkopf, Birgit (Hg.) (1988): *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*. Münster, S. 144-181.
- Altvater, Elmar; Hübner, Kurt; Stanger, Michael (1983): *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus*. Opladen.
- Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (1993): *Gewerkschaften nach Mauer und Maastricht*. Münster.
- Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (1996): *Grenzen der Globalisierung*. Münster.
- Anderson, Perry (1997): „Neoliberalismus. Bilanz und Perspektiven für die Linke“. In: *Bibliothek der 90er Jahre. Beilage zur Sozialistischen Zeitung – SoZ*, Jg. 12, Nr. 22.
- Archibugi, Daniele; Michie, Jonathan (1995): „The Globalisation of Technology: A New Taxonomy“. In: *Cambridge Journal of Economics*, Jg. 19, Nr. 1, S. 121-140.

- Bley, Andreas; Hübner, Kurt (1996): *Lohnstückkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Eine ökonomietheoretische Analyse*. Marburg.
- Bonder, Michael; Ziebur, Gilbert; Röttger, Bernd (1993): „Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft“. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 23, Nr. 2, S. 327-341.
- Boris, Dieter (1999): „Neoliberalismus in Lateinamerika. Ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen“. In: Wolff, Dorothee; Rainer, Sabine; Eicker-Wolf, Kai (Hg.) (1999): *Auf der Suche nach dem Kompaß. Politische Ökonomie als Bahnsteigkarte für's 21. Jahrhundert*. Köln, S. 297-317.
- Brodocz, André (1999): „Die politische Theorie autopoietischer Systeme: Niklas Luhmann“. In: Brodocz, André; Schaal, Gary S. (Hg.) (1999): *Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*. Opladen, S. 337-360.
- Bußhoff, Heinrich (Hg.) (1992): *Politische Steuerung: Steuerbarkeit und Steuerungsfähigkeit. Beiträge zur Grundlagendiskussion*. Baden-Baden.
- Calzadilla, Bernardo; Novy, Andreas (1995): „Importsubstituierende und exportorientierte Industrialisierung“. In: Feldbauer, Peter; Gächter, August; Hardach, Gerd; Novy, Andreas (Hg.) (1995): *Industrialisierung. Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde*. Frankfurt a.M., S. 33-46.
- Chesnaïs, François (1988): „Multinational enterprises and the international diffusion of technology“. In: Dosi et al. 1988, S. 496-527.
- Chossudovsky, Michel (1998): *The Globalisation of Poverty. Impacts of IMF and World Bank Reforms*. Second Impression. London et al.
- Dieter, Heribert (1998): *Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds*. Marburg.
- Dieter, Heribert (2000): „Nach den Krisen der 90er Jahre: Re-Regulierung von Finanzmärkten“. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 30, Nr. 1, S. 39-59.
- Dombois, Rainer; Imbusch, Peter; Lauth, Hans-Joachim; Thiery, Peter (Hg.) (1997): *Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.
- Dosi, Giovanni et al. (1988): *Technical Change and Economic Theory*. London, New York.
- Dosi, Giovanni et al. (1990): *The Economics of Technical Change and International Trade*. London, New York.
- Esser, Josef (1985): „Staat und Markt“. In: Fetscher, Iring; Münkler, Herfried (Hg.) (1985): *Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien. Ein Grundkurs*. Reinbek bei Hamburg, S. 201-244.
- Esser, Josef (1998): „Konzeption und Kritik des kooperativen Staates“. In: Görg, Christoph; Roh, Roland (Hg.) (1998): *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*. Münster, S. 38-48.
- Eßer, Klaus et al. (1994): *Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik. Berichte und Gutachten 11/94*. Berlin.
- Eßer, Klaus (1996): „Nationaler Handlungsspielraum durch systemische Wettbewerbsfähigkeit. Einleitung“. In: Eßer et al. 1996a, S. 1-27.
- Eßer, Klaus et al. (1996a): *Globaler Wettbewerb und Nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft*. Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik. Band 112. Köln.
- Eßer, Klaus; Hillebrand, Wolfgang; Messner, Dirk; Meyer-Stamer, Jörg (1996b): „Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Anforderungen an Unternehmen, Staat und Gesellschaft“. In: Eßer et al. 1996a, S. 73-103.

- Gill, Stephen (1995): „Theorizing the Interregnum: The Double Movement and Global Politics in the 1990s“. In: Hettne, Björn (ed.) (1995): *International Political Economy. Understanding Global Disorder*. London, New Jersey, S. 65-99.
- Gill, Stephen; Law, David (1988): *The Global Political Economy. Perspectives, Problems, and Policies*. New York u.a.
- Goldberg, Jörg (1998): „Das Pendel schwingt zurück. Ohne effizienten Staat keine Entwicklung“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 43, Nr. 2, S. 208-220.
- Guttmann, Robert (1998): „Die strategische Rolle der Pensionsfonds“. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 28, Nr. 4, S. 643-650.
- Hauck, Gerhard (1996): *Evolution, Entwicklung, Unterentwicklung – Gesellschaftstheoretische Abhandlungen*. Frankfurt a.M.
- Helleiner, Eric (1994): *States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s*. Ithaca, London.
- Hein, Eckhard (1998): „Geldpolitik bei internationaler Währungskonkurrenz in einem Multi-Währungsstandard und die Folgen für Verteilung und Investitionen“. In: v. Bülow, Wolfgang; Hein, Eckard; Köster, Klaus; Krüger, Winfried; Litz, Hans Peter; Ossorio-Capella, Charles; Schüller, Klaus W. (Hg.) (1999): *Globalisierung und Wirtschaftspolitik*. Marburg, S. 107-137.
- Hein, Wolfgang (1995): „Von der fordistischen zur post-fordistischen Weltwirtschaft“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 59/60, S. 45-78.
- Herr, Hansjörg (1992): *Geld, Währungswettbewerb und Währungssysteme. Theoretische und historische Analyse der internationalen Geldwirtschaft*. Frankfurt a.M., New York.
- Hillebrand, Wolfgang (1996): „Erfolgreiche industrielle Entwicklung jenseits von ‚Markt versus Staat‘“. In: Eßer et al. 1996a, S. 29-38.
- Hirsch, Joachim (1992): „Regulation, Staat und Hegemonie“. In: Demirovic, Alex; Krebs, Hans-Peter; Sablowski, Thomas (Hg.) (1992): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Münster, S. 203-231.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Politik, Staat und Demokratie im globalen Kapitalismus*. Berlin, Amsterdam.
- Hübner, Kurt (1998): *Der Globalisierungskomplex. Grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik?* Berlin.
- Huffschild, Jörg (1999): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg.
- Hurtienne, Thomas; Messner, Dirk (1996): „Neue Konzepte internationaler Wettbewerbsfähigkeit in Industrie- und Entwicklungsländern“. In: Eßer et al. 1996a, S. 39-71.
- Jansen, Dorothea; Schubert, Klaus (1995): „Netzwerkanalyse, Netzwerkforschung und Politikproduktion: Ansätze zur ‚cross-fertilization‘“. In: dies. (Hg.) (1995): *Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven*. Marburg, S. 9-23.
- Jürgens, Ulrich; Krumbein, Wolfgang (Hg.) (1991): *Industriepolitische Strategien. Bundesländer im Vergleich*. Berlin.
- Köppen, Margit (1998): *Strukturelle Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften. Ein Genentwurf zur Standortkonkurrenz*. Marburg.
- Luhmann, Niklas (1989): „Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 30, Nr. 1, S. 4-10.
- Lühtje, Boy (1998): „‚Vernetzte Produktion‘ und ‚post-fordistische‘ Reproduktion. Theoretische Überlegungen am Beispiel ‚Silicon Valley‘“. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 28, Nr. 4, S. 557-588.
- Lüken-Klaßen, Mathilde (1993): *Währungskonkurrenz und Protektionismus. Peripherisierung und ihre Überwindung aus geldwirtschaftlicher Sicht*. Marburg.

- Lüken-Klaßen, Mathilde (1996): „Weltmarkt und Nationalökonomie“. In: Eicker-Wolf, Kai; Käpernick, Ralf; Niechoj, Torsten; Reiner, Sabine; Weiß, Jens (Hg.) (1996): *Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum? Zur Pathologie der Politischen Ökonomie*. Marburg, S. 235-249.
- Mann, Michael (1997): „Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaats beendet?“ In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 27, Nr. 1, S. 113-141.
- Marmora, Leopoldo; Messner, Dirk (1992): *Jenseits von Etatismus und Neoliberalismus. Zur aktuellen Steuerungsdebatte am Beispiel Argentinien und Südkorea*. Hamburg.
- Martinussen, John (1997): *Society, States & Markets. A Guide to Competing Theories of Development*. London, New Jersey.
- Mayntz, Renate (1987): „Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme – Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma“. In: Ellwein, Thomas; Hesse, Joachim Jens; Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz W. (Hg.) (1987): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*, Nr. 1, Baden-Baden, S. 89-110.
- Mayntz, Renate (1988): „Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung“. In: Mayntz, Renate; Rosewitz, Bernd; Schimank, Uwe; Stichweh, Rudolf (Hg.) (1988): *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*. Frankfurt a.M., New York, S. 11-44.
- Mayntz, Renate (1993): „Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen“. In: Héritier, Adrienne (Hg.) (1993): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft. Opladen, S. 39-56.
- Mayntz, Renate (1996): „Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie“. In: von Beyme, Klaus; Offe, Claus (Hg.) (1996): *Politische Theorie in der Ära der Transformation*. Opladen, S. 148-168.
- Mayntz, Renate; Rosewitz, Bernd; Schimank, Uwe; Stichweh, Rudolf (Hg.) (1988): *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*. Frankfurt a.M., New York.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz W. (1995a): „Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus“. In: dies. (Hg.) (1995): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt a.M., New York, S. 39-72.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz W. (1995b): „Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren“. In: dies. (Hg.) (1995): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt a.M., New York, S. 9-38.
- Messner, Dirk (1994): „Fallstricke und Grenzen der Netzwerksteuerung“. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 24, Nr. 4, S. 563-596.
- Messner, Dirk (1995): *Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung*. Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik Band 108. Köln.
- Messner, Dirk (1997a): „Netzwerktheorien: Die Suche nach Ursachen und Auswegen aus der Krise staatlicher Steuerungsfähigkeit“. In: Altvater, Elmar; Brunnengräber, Achim (Hg.) (1997): *Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft*. Münster, S. 27-64.
- Messner, Dirk (1997b): „Wirtschaftsreformen und gesellschaftliche Neuorientierung in Lateinamerika: Die Grenzen des Neoliberalismus“. In: Dombois et al. 1997, S. 43-67.
- Messner, Dirk; Meyer-Stamer, Jörg (1993): „Die nationale Basis internationaler Wettbewerbsfähigkeit“. In: *Nord-Süd-aktuell*, Nr. 1, S. 98-111.
- Messner, Dirk (1999): „Globalisierung, Global Governance und Entwicklungspolitik“. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Nr. 1, S. 5-18.

- Meyer-Stamer, Jörg (1997a): „Entwicklungschancen und -risiken Lateinamerikas im Zeichen globaler und regionaler Märkte“. In: Dombois et al. 1997, S. 97-102.
- Meyer-Stamer, Jörg (1997b): „Globalisierung, Standortkonkurrenz und Entwicklungsplanung“. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Nr. 4, S. 378-388.
- Münch, Richard (1996): *Risikopolitik*. Frankfurt a.M.
- Nicolas, Alrich (1995): *Geldverfassung und Entwicklung in Lateinamerika*. Marburg.
- OECD (1992): *Technology and the Economy. The Key Relationships. The Technology/Economy Program*. Paris.
- Panitch, Leo (1998): „Jenseits neoliberaler und sozialdemokratischer Globalisierung“. In: Heinrich, Michael; Messner, Dirk (Hg.) (1998): *Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Festschrift für Elmar Altvater*. Münster, S. 150-164.
- Powell, Walter W. (1996): „Weder Markt noch Hierarchie: Netzwerkartige Organisationsformen“. In: Kenis, Patrick; Schneider, Volker (Hg.) (1996): *Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik*. Frankfurt a.M., New York, S. 213-228.
- Riese, Hajo (1986): „Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie – Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema“. In: *Ökonomie und Gesellschaft: Jahrbuch 4: Entwicklungsländer und Weltmarkt*. Frankfurt a.M., New York, S. 157-196.
- Röttger, Bernd (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes*. Münster.
- Ruigrok, Winfried; van Tulder, Rob (1995): *The Logic of International Restructuring*. London.
- Scharpf, Fritz W. (1994): „Politiknetzwerke als Steuerungssubjekte“. In: Derlien, Hans-Ulrich; Gerhardt, Uta; Scharpf, Fritz W. (Hg.) (1994): *Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz*. Baden-Baden, S. 381-407.
- Scheuplein, Christoph (1998): „Die Fallstricke der Netzwerkökonomie. Neue Unternehmensstrukturen im Postfordismus?“ In: *Sozialismus*, Nr. 3, S. 23-30.
- Schimank, Uwe (1996): *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*. Opladen.
- Schubert, Alexander (1985): *Die internationale Verschuldung. Die Dritte Welt und das transnationale Bankensystem*. Frankfurt a.M.
- Strutynski, Peter (1997): „Was kommt nach Ford und Taylor?“ In: Klages, Johanna; Strutynski, Peter (Hg.) (1997): *Kapitalismus am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*. Hamburg, S. 82-98.
- Sydow, Jörg (1992): *Strategische Netzwerke: Evolution und Organisation*. Wiesbaden.
- Tetzlaff, Rainer (1996): *Weltbank und Währungsfonds – Gestalter der Bretton-Woods-Ära. Kooperations- und Integrations-Regime in einer sich dynamisch entwickelnden Weltgesellschaft*. Opladen.
- Tomaney, John (1994): „A New Paradigm of Work Organization and Technology?“ In: Amin, Ash (ed.) (1994): *Post-Fordism. A Reader*. Oxford (GB), Cambridge (USA), S. 157-194.
- UNCTAD (1999): *World Investment Report 1999: Foreign Direct Investment and the Challenge of Development. An Overview*. New York, Geneva.
- van der Pijl, Kees (1995): „The Second Glorious Revolution: Globalizing Elites and Historical Change“. In: Hettne, Björn (ed.) (1995): *International Political Economy. Understanding Global Disorder*. London, New Jersey, S. 100-128.
- WEED; Germanwatch (Hg.) (1998): *Alles neu macht das MAI? Das Multilaterale Investitionsabkommen. Informationen, Hintergründe, Kritik*. Bonn.
- Willke, Helmut (1983): *Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer sozietaalen Steuerungstheorie*. Königstein/Ts.

Willke, Helmut (1993): *Systemtheorie entwickelter Gesellschaften. Dynamik und Riskanz moderner gesellschaftlicher Selbstorganisation*. Weinheim, München.

Willke, Helmut (1998): *Systemtheorie III: Steuerungstheorie. Grundzüge einer Theorie der Steuerung komplexer Sozialsysteme*. 2. Auflage. Stuttgart.